

Beiträge der Mandatsträger*innen an den Bundesverband



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: H Haushalt

- 1 Die Bundespartei macht von ihrem durch das Parteiengesetz formulierten und in der
- 2 Bundessatzung hinterlegten Recht Gebrauch, Mandatsträger*innen-Beiträge von ihren
- 3 Mandatsträger*innen und Inhaber*innen von Regierungsämtern auf Bundes- und Europaebene
- 4 zu
- 5 erheben.
- 6
- 7 1. Mandatsträger*innen-Beiträge werden von den Abgeordneten des Deutschen
- 8 Bundestages und
- 9 des Europaparlaments, von Mitgliedern der Regierung der Bundesrepublik
- 10 Deutschland und
- 11 EU-Kommissar*innen, von Parlamentarischen Staatssekretär*innen und
- 12 Staatssekretär*innen sowie Präsident*innen und Vizepräsident*innen des Deutschen
- 13 Bundestages bzw. des EU-Parlamentes erhoben.
- 14 2. Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mandatsträger*innen-Beiträge sind die
- 15 jeweiligen Diäten, die Abgeordnetenentschädigungen bzw. Besoldungsbeträge.
- 16 3. Die Höhe des Mandatsträger*innen-Beitrages beträgt grundsätzlich 19% der
- 17 Bemessungsgrundlage.
- 18 4. Je kindergeldberechtigendem Kind können 250,00 € pro Monate in Abzug gebracht
- 19 werden.
- 20 5. Unterhaltsverpflichtungen bzw. tatsächliche Unterhaltsleistungen können ebenfalls
- 21 abgezogen werden. Darüber entscheidet bei Bundestagsabgeordneten der/die
- 22 Bundesschatzmeister*in mit einem Mitglied des geschäftsführenden
- 23 Fraktionsvorstandes,
- 24 bei Europaabgeordneten der/die Bundesschatzmeister*in mit einer/m Vertreter*in
- 25 der
- 26 Europagruppe DIE GRÜNEN. Für andere Beitragsverpflichtete gilt diese
- 27 Zuständigkeitsregelung entsprechend.
- 28 6. Ist eine beitragspflichtige Person gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes von
- 29 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bezieht sie nach der Finanzordnung des
- 30 Bundesvorstandes keine
- 31 Vergütung von der Partei. Als Ausgleich für die Doppelbelastung werden in diesen
- 32 Fällen keine Mandatsträger*innen-Beiträge erhoben.
- 33 7. Die endgültige Höhe der abzuführenden Beiträge ergibt sich nach Berücksichtigung
- 34 der
- 35 Regelungen der Absätze 3) bis 6).
- 36 8. Die Erhebung der Beträge nach Absatz 7) erfolgt grundsätzlich durch die
- 37 Bundespartei.
- 38 Davon ausgenommen sind die Beiträge der Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 39 (MdB).

- 29 Diese werden von den jeweiligen Landesverbänden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
erhoben.
- 30 9. Von den Beiträgen der MdB nach Absatz 7), die an die Landesverbände abgeführt
werden,
31 erhält die Bundespartei 73 % pro MdB und Monat. Dies gilt nur für MdBs ohne
32 Regierungsamt.